



## **Rote Zahlen für die deutsche Pfandlösung: Verbände warnen vor den hohen Kosten des Pfandes**

**Zürich, 26. Mai 2008.** Das Pfand auf Getränkeverpackungen in Deutschland ist ein ökologischer Leerlauf, der hohe Kosten verursacht. Diese negative Bilanz ziehen deutsche Branchenverbände nach fünf Jahren Pfandsystem. Die neuesten im Auftrag des Umweltbundesamtes in Berlin ermittelten Zahlen belegen diese Sicht.

In Deutschland müssen Konsumentinnen und Konsumenten seit 2003 ein Pfand auf Getränke in Einwegverpackungen entrichten. Nach der heute gültigen Regelung wird ein Pfand von 25 Cent auf alle sogenannt ökologisch nicht vorteilhaften Einwegverpackungen von 0,1 bis 3 Litern erhoben. Pfandfrei sind nur noch wenige Getränkearten wie Säfte, Wein und Spirituosen.

### **Pfand erfüllt politische Ziele nicht**

Mit der Einführung des Pfandes auf Einwegverpackungen wollte Deutschland aus ökologischen Überlegungen heraus den Anteil der Mehrwegverpackungen stärken. Auf Mehrwegverpackungen wird zwar auch ein Pfand erhoben, dieses liegt aber mit 8 bis 15 Cent beträchtlich tiefer als auf Einwegverpackungen. Die neuesten Zahlen der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM), die die Quoten im Auftrag des Umweltbundesamtes in Berlin ermittelt, zeigen klar auf: Das Pflichtpfand konnte den Rückgang der Mehrwegquote nicht aufhalten. Während sich die Quote 2005 (mit 56,0 Prozent) noch knapp auf dem Niveau von 2002 (mit 56,2 Prozent) halten konnte, liegt die Mehrwegquote 2006 (mit 50,5 Prozent) sogar deutlich unter derjenigen vor Einführung des Einwegpfandes 2003.

Das unbefriedigende Bild der Statistiken kann Klaus Peter Stadler, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) und Technischer Direktor bei Coca-Cola Deutschland, aus eigener Erfahrung bestätigen: «Die Pfandlösung in Deutschland hat weder das ursprüngliche Ziel erreicht, nämlich eine Stabilisierung des Anteils sogenannter ökologisch vorteilhafter Verpackungen, noch ist sie effizient.»

### **Zwangspfand kostet dreimal mehr**

Die mangelhafte Wirtschaftlichkeit ergibt sich aus den hohen Kosten für den Unterhalt des Pfandsystems. «Das Einwegpfand verursacht circa dreimal höhere Kosten je Gebinde als zum Beispiel eine haushaltsnahe Sammlung», sagt Werner Witting, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke (wafg). Bei der haushaltsnahen Sammlung, wie sie vor 2003 praktiziert wurde, konnten die Flaschen in einer Tonne vor dem Haus entsorgt werden. Nun müssen die Flaschen dorthin zurückgebracht werden, wo sie verkauft werden. Neben den zusätzlichen Kosten ist dies für die Konsumenten auch deutlich unbequemer.

Eine Studie von der AGVU und der Unternehmensberatungsfirma Roland Berger beziffert die dreimal höheren Kosten je Gebinde mit den Grenzkosten für jede zusätzlich gesammelte Getränkeverpackung von 22 Cent (umgerechnet gut 35 Rappen pro Flasche). Die Investitionen zum Aufbau eines separaten Sammelsystems beliefen sich auf 726 Millionen Euro (knapp 1,2 Milliarden Franken). Allein der Betrieb und der Unterhalt des Pfandsystems verursachen für



den deutschen Markt mit 14 Milliarden Flaschen jedoch jedes Jahr noch höhere Kosten, nämlich 793 Millionen Euro (knapp 1,3 Milliarden Franken).

### **Vor Pfand wird gewarnt**

Die Einführung eines Pflichtpfandes hat keinen positiven Effekt auf die Sammelquoten, die Sammlung verteuert sich dadurch aber um ein Mehrfaches. Für Werner Witting steht deshalb fest, welche Lehren aus dem deutschen Pfandsystem zu ziehen sind: «Wir empfehlen allen Ländern, die über ein Einwegpfand nachdenken, aus den negativen Erfahrungen in Deutschland zu lernen.» Mit Blick auf die hohe Verwertungsquote der Schweiz von 76 Prozent im Jahr 2006 fügt er hinzu: «Erfolgreichen freiwilligen Branchenlösungen ist auch in der Verpackungspolitik der Vorzug vor staatlichen Zwangsinstrumenten zu geben.»

Den Warnungen von Werner Witting kann Klaus Peter Stadler von Coca-Cola Deutschland nur zustimmen: «Wir können aus den Erfahrungen in Deutschland heraus von einem Pflichtpfandsystem deutlich abraten, da es einen massiven Eingriff in den Markt bedeutet, im Vergleich zu anderen Sammelsystemen extrem teuer ist und schliesslich den politisch gewünschten Effekt nicht erzielt.»